

Unter diesen Umständen wären Sonderklassen möglich

Überlebt die integrative Schule? Die Bildungskommission des Grossen Rats lehnt die «Förderklassen-Initiative» grossmehrheitlich ab. Beschlossen wurden jedoch weitere Massnahmenpakete.

Tanja Opiasa

In der Basler Schullandschaft ist kaum etwas so umstritten wie das Konzept der integrativen Schule. Diese sieht vor, dass sowohl auffällige Schüler und Schülerinnen als auch solche mit einer Lernschwäche die Regelklasse besuchen. Die Förderklassen-Initiative ihrerseits verlangt, dass heilpädagogisch geführte Förderklassen eingeführt werden. Eingereicht wurde sie 2022.

Konkret: Schülerinnen und Schüler sollen bei Bedarf in eine Förderklasse eingeteilt werden. Darunter solche, die «kleinere Lerngruppen benötigen, um sich entfalten zu können», oder Schülerinnen und Schüler, «die wegen ihres auffälligen Verhaltens nicht in eine Regelklasse integriert werden können».

Gestern veröffentlichte die Bildungs- und Kulturkommission (BKK) des Grossen Rats nun ihren Bericht zu Initiative und Gegenvorschlag. Die BKK lehnt die Initiative ab und hält am Konzept von «Integration vor Separation» fest.

Förderklassen nicht für alle

«Eine separative Beschulung nach dem Vorbild der vor rund 16 Jahren abgeschafften Kleinklassen» lehnt die Kommission ab. Allerdings will sie das regierungsrätliche Massnahmenpaket, das Conradin Cramer als damaliger Erziehungsdirektor der Initiative als Gegenvorschlag entgegengestellt, nochmals erweitern. Einerseits soll der Einsatz von heilpädagogischen Förderklassen ermöglicht werden. Sonderklassen sind also denkbar, aber ausschliesslich bei Lernschwäche.

Weiter betont die Bildungs- und Kulturkommission: «Förderklassen sind für Schülerinnen und Schüler mit allgemeiner Lernschwäche oder einer ausgeprägten Lernstörung vorgesehen.» Als nicht geeignet erachte man Förderklassen für Schülerinnen und Schüler mit auffälligem Verhalten, das nicht auf eine Lernschwäche zurückzuführen sei.



In Basel wird ein weiteres Zeichen für die integrative Schule gesetzt. Symbolfoto: Roland Schmid

Lehrpersonen will man zudem in Schulzimmern durch Doppelbesetzungen heil- und sozialpädagogisch stärker unterstützen. Die Kommission sieht vor, Lehrpersonen mit dem Einsatz von Sozialarbeitern und Sozialarbeiterinnen im Schulzimmer zu unterstützen.

«Ich bin froh, dass wir die Arbeit am Gegenvorschlag abschliessen konnten», sagt Franziska Roth, Präsidentin der BKK. Es sei ihr ein Anliegen, dass die integrative Schule Unterstützung bekomme. «Mir ist wichtig, dass jedes Kind in Basel eine Regelklasse besuchen kann.»

Sie sei überzeugt, dass man den Schulen mit den ausgearbeiteten Massnahmen einen Werkzeugkoffer zur Verfügung stellen könne, mit dem sie arbeiten können. Nun müsse der Grosse Rat den Empfehlungen der BKK

noch folgen. «Ich gehe aber davon aus, dass er das machen wird», sagt Roth.

Es zeichnet sich aber auch ein anderes mögliches Szenario ab: Die Freiwillige Schulsynode (FSS) könnte die Förderklassen-Initiative zurückziehen.

«Aus Sicht der FSS wurde das ursprüngliche Massnahmenpaket der Regierung durch zwei weitere wichtige Instrumente zur Stärkung der integrativen Schule adäquat ergänzt.» Die FSS sehe dies als Verbesserung, die «primär aufgrund der Umsichtigkeit der BKK entstanden» sei. Ob die Initiative bald zurückgezogen wird, werde letztlich das Initiativkomitee entscheiden, schreibt diese ihrerseits in einem Communiqué.

Auch der Initiant Roland Stark zeigt sich nach der Veröffentlichung des Berichts zufrieden:

Stand jetzt sehe der Gegenvorschlag nicht schlecht aus. «Man hat im Erziehungsdepartement endlich die ideologischen Scheuklappen aus den Jahrzehnten vor Mustafa Atici eingemottet und sich wieder stärker den schulischen Realitäten angenähert.»

«Trotzdem für die Initiative»

Stark befürworte es, dass die von der Initiative angestrebten heilpädagogisch geführten Förderklassen nun im Schulgesetz stünden. Auch Doppelbesetzungen befürworte er: «Wenn man genügend qualifizierte Lehrkräfte findet, sind Doppelbesetzungen im Einzelfall durchaus sinnvoll.»

BKK-Mitglied Joël Thüring spricht sich gegen die Doppelbesetzungen aus. «Wir schaffen uns damit zusätzliche Herausforderungen – sowohl in finanzieller Hinsicht als auch wegen

des Fachkräftemangels», sagt der SVP-Grossrat.

Er begrüsse es zwar, dass die BKK einen Punkt konkretisiert hat, der ihm wichtig ist, die Möglichkeit zur Schaffung von Förderklassen. Der überarbeitete Gegenvorschlag gehe ihm aber zu wenig weit: «Wenn ich mich entscheiden muss, würde ich mich dennoch für die Initiative entscheiden.» Dies, weil der Fokus auch nach den Massnahmen noch auf dem Erhalt der integrativen Schule liege.

Das Basler Erziehungsdepartement bestätigte gestern, den Bericht erhalten zu haben. Man nehme ihn zur Kenntnis, sagt Charlotte Staehelin, Sprecherin des Erziehungsdepartements. «Wir äussern uns nach der offiziellen Stellungnahme des Regierungsrats im Rahmen der Grossratsdebatte im Herbst dazu.»